

Thematische Zusammenfassung

Von Annegret Goebel und Klaus Schmitz, *Botschaft der Bundesrepublik Deutschland*

Vorbemerkung

Italien und Deutschland eint eine lange Erfahrung im Bereich der Migration. *Uwe Reissig, Direktor des Goethe Instituts* und *Dr. Otfried Garbe, Gesandter der Deutschen Botschaft*, erinnern an das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens von 1955. In Deutschland leben ca. 670.000 Menschen mit italienischem Migrationshintergrund, davon ca. 540.000 Personen mit italienischer Staatsbürgerschaft. Italien hat sich in den letzten Jahren vom Auswanderungsland zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer Europas gewandelt, während in Deutschland die Zuwanderung stark zurückgegangen ist.

Am 11. Juni 2007 veranstalteten die Deutsche Botschaft Rom und das Goethe-Institut Rom, in Zusammenarbeit mit der Caritas Italiana, eine Konferenz zum Thema „Integration von Migranten, ihren Familien und jungen Menschen“. Aus Anlass der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ fand ein Erfahrungsaustausch zwischen Politikern und Experten aus Deutschland und Italien statt. Redebeiträge hielten (in der Reihenfolge ihres Auftritts):

Uwe Reissig, Direktor Goethe-Institut Rom

Dr. Otfried Garbe, Gesandter der Deutschen Botschaft

Mons. Francesco Montenegro, Bischof, Präsident der Caritas Italiana

Dr. Franco Pittau, Leitender Redakteur des „Dossier Statistico Immigrazione“ Caritas/

Migrantes

Dr. Luca Di Sciullo, Redakteur des „Dossier Statistico Immigrazione“ Caritas/

Migrantes

Dr. Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Prof. Maria Böhmer, MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

On. Paolo Ferrero, Minister für Soziale Solidarität

Cav. Bruno Ducoli, Präsident des Europäischen Zentrums zur Förderung der Interkulturalität,

Gargnano

Vinicio Ongini, Berater im Bildungsministerium zu Fragen der Integration

Dr. Lale Akgün, Mitglied des Bundestags, Migrationspolitische Sprecherin und

Islambeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Anas Breigheche, Vorsitzender der „Jungen Muslime Italiens“ (GMI)

Wolfgang Fehl, Koordinator des „Netzwerkes Integration durch Qualifizierung“

der Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk

Prof. Jean Leonard Touadi, Beigeordneter der Stadt Rom

Teresa De Bellis, Rat der Stadt Köln

Rodolfo Ortolani, Vize-Generaldirektor der UniCredit Banca

Marcella Lucidi, Staatssekretärin im Innenministerium

Die folgende Zusammenfassung der Redebeiträge und der Plenumsdiskussion erfolgt unter thematischen Gesichtspunkten.

1. Sozialstruktur der Personen mit Migrati onshintergrund

Italien und Deutschland sind beides Einwanderungsländer mit dem Unterschied, dass der Einwanderungsprozess in der Bundesrepublik bereits in den 50er Jahren begann, während er in Italien erst in den 70er Jahren einsetzte. Allein in den 60er und 70er Jahren stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland um 3,9 Millionen. Von 1952, dem Jahr der Einführung der offiziellen Wanderungsstatistik, bis 2006 sind 36,3 Millionen

Menschen nach Deutschland zu- und 26,5 Millionen aus Deutschland abgewandert. Derzeit zählt Deutschland ca. 6,8 Millionen Ausländer. Werden den Ausländern die eingebürgerten Deutschen und eingebürgerten Kinder von Zuwanderern hinzugezählt, so leben in Deutschland überwiegend 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Anteil an der Bevölkerung von 19%. *Franco Pittau und Luca Di Sciullo, Redakteure des „Dossier Statistico Immigrazione“ (Caritas/Migrantes)*, die ihr Referat gemeinsam vortrugen, schätzen, dass in Italien ca. 3,5 Millionen Ausländer leben, die zum großen Teil der ersten Generation zuzurechnen sind. Über die Hälfte von ihnen lebt seit weniger als 5 Jahren in Italien.

Beschränkte sich die geringe Zuwanderung in Deutschland in den letzten Jahren weitgehend auf die Familienzusammenführung, so ist die starke Zuwanderung nach Italien, mit ca. jährlich 300.000 Personen (davon 100.000 Familiennachzug) in den letzten Jahren, auf den großen Arbeitskräftebedarf zurückzuführen. 19% aller Neueinstellungen kamen 2005 aus Nicht-EU-Staaten (einschl. Rumänien und Bulgarien). *Franco Pittau und Luca Di Sciullo* prognostizierten, dass Italien in einigen Jahren den heutigen deutschen Wert von fast 7 Millionen Ausländer erreichen werde. Italien könnte sogar das Land mit der größten Anzahl an Migranten innerhalb der Europäischen Union werden. Begleitet werde diese Entwicklung von einem, für die EU typischen, Rückgang der einheimischen Bevölkerung zwischen 19 und 44 Jahren. So werde in Italien das Geburtendefizit durch Zuwanderung ausgeglichen.

Die Struktur der Herkunftsländer unterscheidet sich in beiden Ländern erheblich. In Italien besteht eine polyzentrische Struktur. Ein Drittel der in Italien lebenden Einwanderer kommt aus den drei Ländern Rumänien, Albanien und Marokko. In Deutschland dagegen bildet allein die Gruppe der Türken ein Viertel aller Ausländer. Weitere große Einwanderergruppen in Italien kommen aus der Ukraine, China, den Philippinen. Aus Afrika sind insgesamt 23%, aus Asien 17% und aus Amerika 11% der Immigranten.

Die Zuwanderung nach Italien weist eine starke „Dritte Welt“-Orientierung auf, während die Ausländer in Deutschland mit 80% größtenteils aus Europa (einschl. Türkei) stammen. Der europäische Anteil beträgt in Italien 49%.

In beiden Ländern lässt sich eine ungleiche regionale Verteilung der Ausländer feststellen. In Italien sind wegen dem wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälle die Immigranten insbesondere im Norden des Landes anzutreffen. In Deutschland hat die Teilung in zwei Staaten zu einer weitgehend nur auf den Westen orientierte Zuwanderung geführt. Das seit der Wiedervereinigung bestehende wirtschaftliche Gefälle hat die regionale Verteilung der Ausländer gefestigt. In beiden Ländern konzentriert sich die Migration insbesondere auf die Städte. *Teresa De Bellis, Mitglied des Kölner Stadtrats* berichtete, dass in Köln über 30% der Einwohner und über 45% der Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Ein großes Problem, insbesondere in Italien, stellt die illegale Einwanderung dar.

2. Problemfelder der Integration und Lösungsansätze

Einige europäische Staaten, insbesondere die ehemaligen Kolonialländer, aber auch Deutschland, haben im Vergleich zu Italien eine längere Erfahrung mit Immigration. Trotz dieser Erfahrung, die auch verbunden sei mit unterschiedlichen Konzepten der Integration, so *Monsignore Francesco Montenegro, Präsident der Caritas Italiana*, gelten alte Gewissheiten nicht mehr. Wir sind alle Lernende und müssen uns in großer Bescheidenheit auf die Suche nach Wegen für eine geeignete Integrationspolitik machen. Gerade auch deswegen begrüße er diesen deutsch-italienischen Dialog. Er unterstrich, dass Integration zunächst immer die persönliche Beziehung von einzelnen Menschen beinhalte, nicht Kulturen sondern einzelne Menschen begegnen sich.

Viele Herausforderungen an die beiden Länder sind ähnlich, doch bestehen auch wichtige Unterschiede. Den beiden Ländern gemeinsam sei, dass die meisten Integrationsprobleme

weniger ethnische oder religiöse, sondern soziale Ursachen haben, so die *Bundestagsabgeordnete Lale Akgün*. Eine erfolgreiche Integrationspolitik bedeute deswegen vor allem, die strukturellen Bedingungen für mehr Chancengleichheit in Bereichen wie Schule, Arbeit, Kultur, Politik zu schaffen. Die vorrangige Aufgabe Italiens bestehe darin, die soziale Eingliederung der Zuwanderergeneration zu bewältigen, während Deutschland sich, abgesehen von der Eingliederung der sogenannten „Russlanddeutschen“, die nach der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ nach Deutschland kamen, den Integrationsproblemen von Migranten der zweiten und dritten Generation stellen müsse, so *Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge*. *Marcella Lucidi, Staatssekretärin im Innenministerium*, sah in der Migrations- und Integrationspolitik eine europäische Herausforderung.

2.1 Eingliederung der ersten Generation

Besonders dringlich sei in Italien das Angebot an geeigneten öffentlichen Dienstleistungen, um den Immigranten die notwendigen ersten Hilfen anzubieten, so *Franco Pittau und Luca Di Sciullo*. Dies betreffe insbesondere die Arbeit, die Wohnungssuche und das Erlernen der italienischen Sprache. Als eine gute Erfahrung wurde der Einsatz von Sprach- und Kulturmediatoren in Italien angesehen. Sie arbeiten in Behörden (einschl. Polizei und Gerichte), Schulen und Krankenhäusern. *Rodolfo Ortolani, Vize-Generaldirektor der UniCredit Banca*, unterstrich, dass auch private Dienstleistungsunternehmen, wie auch seine Bank, Sprach- und Kulturmediatoren einsetzen und darüber hinaus Sprachschulungen durchführen. Insgesamt sei die Eingliederung der Migranten in Italien, auch dank der kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, gut gelungen, so *Franco Pittau und Luca Di Sciullo*. 8 von 10 Einwanderern sagen, dass sich ihre Lebensverhältnisse in Italien verbessert haben. *Otfried Garbe* verwies auf die große Opferbereitschaft der neuen Zuwanderer, auch weil sie ihre Lage mit der ihres Heimatlandes vergleichen.

Italien sei in einer Übergangsphase, so *Paolo Ferrero, Minister für Soziale Solidarität*. Er berichtete über Initiativen seiner Regierung, wie das Gesetz über den erleichterten Zugang zur italienischen Staatsbürgerschaft, das Gesetz zur Familienzusammenführung sowie ein neues Rahmengesetz (Amato-Ferrero-Gesetz) zur Migration. Das Rahmengesetz soll neben dem kommunalen Wahlrecht insbesondere den legalen Zugang nach Italien erleichtern. Das bestehende Gesetz (Bossi-Fini-Gesetz), das die Einreise und den Aufenthalt an den Nachweis eines registrierten Arbeitsplatzes knüpft, fördere illegale Immigration und illegalen Aufenthalt.

Nach dem neuen Amato-Ferrero-Gesetz soll, unabhängig vom Vorliegen eines Arbeitsvertrags, eine Einreise zum Zweck der Arbeitsaufnahme möglich sein, wenn sich eine natürliche oder juristische Person dafür verbürgt, dass dem Zuwanderer in Italien ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen oder wenn er diese selbst gewährleisten kann. *Minister Paolo Ferrero* informierte über die Einführung eines Integrationsfonds in Höhe von 50 Mio. Euro. Unbedingt notwendig sei, die schleppenden bürokratischen Verfahren zu beschleunigen. Er berichtete, dass Ausländer aus Nicht-EU-Staaten für die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen über sechs Monate und Personen, die einen Antrag auf die italienische Staatsbürgerschaft gestellt haben, sechs bis sieben Jahre nur auf eine erste Antwort ihrer Anfrage warten müssten. Er forderte die italienischen diplomatischen Vertretungen in den Herkunftsländern der Immigranten auf, ihrer Aufgabe bei der Steuerung der Zuwanderung besser gerecht zu werden.

2.2 Integrati on von Migranten mit Bleibeabsicht

2.2.1 Sprache

Das frühzeitige Erlernen der Sprache wurde als Schlüssel zur Integration angesehen. „Sprache ist nicht alles, aber ohne Sprache ist alles nichts“, so formulierte es

Albert Schmid. Mangelnde Sprachkenntnisse führen in den Aufnahmeländern zu weit reichenden Beeinträchtigungen in Schule, Arbeitswelt und Gesellschaft. *Staatsministerin Maria Böhmer*, *Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration*, und *Minister Paolo Ferrero* unterstrichen die zentrale Bedeutung der Förderung der Sprachkenntnisse von Migranten. In Deutschland werden, so informierte *Albert Schmid*, mit erheblichem finanziellen Aufwand, bundesweit Integrationskurse, im Wesentlichen Sprachschulungen mit 600 Stunden, künftig 900 Stunden, nach Zielgruppen differenziert, angeboten. Ein Großteil der finanziellen Mittel des Integrationsfonds aus dem italienischen Staatshaushalt ist für Sprachkurse vorgesehen.

Ein Schlüssel für das bessere Erlernen der Sprache sind die Eltern. In beiden Ländern wird diese Zielgruppe verstärkt angesprochen. Da Mütter meist die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder übernehmen, sollen sie beim Erlernen der Sprache besonders unterstützt werden, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. In Deutschland werden in Kindergärten „Mamakurse“ für Deutsch angeboten. Um in Deutschland die Eltern besser erreichen zu können, werde über Konsulate, Migrantenorganisationen und Moscheen-Gemeinden für Sprachkurse geworben. Hierbei konnten auch türkische Zeitungen erfolgreich einbezogen werden. Sie hoffe, damit die Hemmschwelle für die Teilnahme an Sprachkursen zu verringern. *Minister Paolo Ferrero* berichtete von vergleichbaren Initiativen in Italien, wie die mit der Moschee in Rom. Er regte an, eine beliebte Fernsehsendung zur Sprachvermittlung aus den 60er Jahren, „Es ist nie zu spät“, wieder ins Programm zu nehmen.

Die Kinder müssten vor der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. In Deutschland wird damit begonnen, im vierten Lebensjahr mit allen Kindern, nicht nur mit denen aus Familien mit Migrationshintergrund, Sprachprüfungen durchzuführen, um ihnen, bei festgestellten Schwächen, eine spezifische Förderung anzubieten. Ausdrücklich wiesen beide Minister darauf hin, dass zur Sprachförderung auch die Muttersprache gehöre. Von diesen Sprachkenntnissen profitiere auch das Aufnahmeland. *Teresa De Bellis* unterstrich die große Bedeutung der Mütter bei der bilingualen Erziehung der Kinder.

2.2.2 Schule

Die wichtigste Integrationsinstitution ist die Schule. Sie hat in beiden Staaten große Probleme, sich dieser Herausforderung zu stellen. Die besondere Schwierigkeit in Deutschland besteht darin, dass in immer mehr Großstadtschulen Kinder mit Migrationshintergrund die Mehrheit bilden (durchschnittlich kommen in allen deutschen Schulen 22% der 15-jährigen Schüler aus Migrantenfamilien). Das größte Problem in Italien ist die rasche Zunahme von Migrantenkindern in den Schulen.

Nicht zuletzt wegen der mangelnden Sprachkenntnisse können viele Kinder dem Unterricht nur schwer folgen. In Deutschland sind große Sprachdefizite auch bei in Deutschland geborenen Kindern mit Migrationshintergrund festzustellen. 44% der ausländischen Jugendlichen besucht eine Hauptschule, dagegen nur 19% der Deutschen (in Deutschland werden die Kinder normalerweise nach einer vierjährigen Grundschule in der Sekundarstufe I auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium aufgeteilt). 17% der ausländischen Schulabgänger erreicht gar keinen Abschluss, gut doppelt so viele wie Deutsche. Leider haben italienische Kinder, auch im Vergleich zu anderen Migrantenkindern, größere schulische Probleme, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. Die PISASTudien der OECD zeigen, dass in Deutschland, im Vergleich zu anderen Staaten, der Schulerfolg stärker von dem sozialen Status der Eltern abhängt und auch die Schulleistungen der Migrantenkinder schlechter sind.

Deswegen werden in Deutschland Initiativen zur Stärkung der Lernbereitschaft von Migrantenkindern gefördert, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. Hierzu gehöre eine geeignete Lehrerbildung wie eine bessere Ansprache der Eltern. Ähnlich dem Modell

der Kulturmediatoren in Italien sollen in Deutschland so genannte „Bildungspaten“ geschaffen werden. Diese sollen Kindern mit Migrationshintergrund während ihrer schulischen und beruflichen Laufbahn zur Seite stehen, wenn Eltern wegen mangelnder Sprachkenntnisse oder wegen Unkenntnis über das Schulsystem und die folgenden Berufsmöglichkeiten dies nur ungenügend leisten können. Wichtig ist eine aktive Beteiligung der Eltern in der Schule, wie z.B. durch die Teilnahme an Elternabenden. Die Migrantenorganisationen in Deutschland haben zugesagt, sich bei der Ansprache der Eltern zu beteiligen. Angesichts der vergleichsweise größeren schulischen Probleme italienischstämmiger Kinder berichtete *Staatsministerin Maria Böhmer* von Gesprächen mit dem italienischen Botschafter Puri Purini in Berlin. Um die Lernprobleme dieser Kinder überwinden zu helfen, wurden Regionalkonferenzen vereinbart, die sich insbesondere an italienische Eltern wenden sollen.

Ein großes Problem in Italien sei der vorzeitige Schulabgang von über 25% der Kinder aus Zuwandererfamilien, so *Minister Paolo Ferrero*. In Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium sollen geeignete Initiativen entwickelt werden. Die italienische Schule bekenne sich klar zum integrativen Ansatz, so *Vincio Ongini, Berater im Bildungsministerium*. Dies bedeute eine enorme Herausforderung, angesichts der schnellen Zunahme von ausländischen Kindern mit oft nur unzureichenden Kenntnissen der italienischen Sprache. Besondere Probleme ergeben sich dabei bei älteren Schülern, die im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung ohne jede Sprachkenntnisse in höhere Klassen eingeschult werden. *Vincio Ongini* berichtete über fünf Handlungslinien. Sie betreffen die Ausbildung der Schulleiter der Schulen, den Einsatz von 700 Lehrern für Italienisch als Zweitsprache, die vom normalen Unterricht ganz oder teilweise befreit werden und auch als Sprachmediatoren tätig sein sollen, die Förderung von Eltern und ihren Familien in Erwachsenenbildungszentren, die Überarbeitung der Kurrikula, insbesondere in Geschichte und Erdkunde, und den Ausbau des internationalen Erfahrungsaustauschs zwischen Zuwanderungsländern (Konferenz im Oktober) und Herkunftsländern (im Juni mit Rumänien).

Die Schule hat auch als Ort der kulturellen Begegnung in den Stadtteilen eine bedeutende Integrationsfunktion, da sie über die Kinder die Familien mit Migrationshintergrund erreichen kann. Notwendig hierzu ist, dass die Eltern sowie Initiativen von und für Migranten in den Schulalltag eingebunden werden. Gute Erfahrungen hat hiermit die Caritas Italiana gemacht. Die gleichberechtigte Förderung der Mädchen aus muslimischen Familien wurde gefordert. Ein Problem ist die Weigerung einiger Eltern, ihren Töchtern die Teilnahme an Klassenfahrten und koedukativem Sportunterricht zu erlauben. Notwendig ist, so *Staatsministerin Maria Böhmer*, dass vermehrt Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Sie informierte über eine diesbezügliche Verabredung mit den hierfür zuständigen Bundesländern.

2.2.3 Ausbildung und Beruf

Schwache schulische Leistungen verschließen vielen Migrantenkindern den Weg in höherwertige Ausbildungsberufe, zum Studium und damit zu anspruchsvolleren Berufen. Für viele ist die Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Jugendlichen in Deutschland ist doppelt so hoch wie die der deutschen Jugendlichen. Nach einer IRES/CGIL-Studie erreichen in Italien nur 35% einen beruflichen Aufstieg (Frauen nur 11,4%). Die Probleme sind in Deutschland gravierender, weil unqualifizierte Arbeitskräfte, im Unterschied zu den 60er und 70er Jahren, nicht mehr gesucht werden. Die Situation auf dem deutschen Ausbildungsmarkt ist schwierig. Schlimm ist, so *Staatsministerin Maria Böhmer*, dass 40% der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien keinen Berufsabschluss nachweisen können.

Ohne qualifizierte berufliche Bildung haben die Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund nur geringe Chancen auf eine berufliche Perspektive. Eine sehr

große Bedeutung hat in Deutschland die dreijährige betriebliche Ausbildung, die in Verbindung mit der Berufsschule durchgeführt wird. *Wolfgang Fehl* vom „Netzwerk Integration durch Qualifizierung“ berichtete von einem Projekt in Köln, dem es gelang, die Ausbildungsquote von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund stark zu erhöhen. Er unterstrich die Notwendigkeit der Ansprache der Jugendlichen, der Eltern, der Multiplikatoren sowie der Migrantenorganisationen und Unternehmen. Gezielte Informationskampagnen, direktes Herangehen an Unternehmen über die Kammerorganisationen und Beratungsstellen in Konsulaten hatten geholfen, den Anteil von ausländischen Auszubildenden von 4% auf 18% in Köln zu erhöhen. Diese positiven Erfahrungen haben ihren Niederschlag im „Nationalen Integrationsplan“ der Bundesregierung gefunden, so *Wolfgang Fehl*.

Staatsministerin Maria Böhmer stellte fest, dass in den Firmen das Bewusstsein wachse, kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance für ihr Unternehmen zu erkennen, und berichtete von einer Initiative zur Verbesserung der Einstellungschancen von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund. Ein wichtiger Erfolg sei die Zusage ausländischer Unternehmensverbände, bis 2010 10.000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Italien müsse sich in naher Zukunft mit vergleichbaren Problemen auseinandersetzen, denn, so *Minister Paolo Ferrero*, die zweite und dritte Generation der heute in Italien lebenden Immigranten werden nicht mehr bereit sein, die niedrig dotierten Arbeiten ihrer Eltern und Großeltern zu übernehmen. Dies werde ein großes Problem für den stark segmentierten italienischen Arbeitsmarkt sein. Eine wichtige berufliche Perspektive sei für viele Migranten die Selbständigkeit, so *Rudolfo Ortolani*. Er verwies auf die meist geringen Eigenmittel und die Probleme der Kreditaufnahme dieser Personengruppe. Selbständigkeit sei im Übrigen ein wichtiger Schritt zur Integration.

2.2.4 Stadtentwicklung und Wohnungssituation

In Italien besteht auch wegen der starken Zuwanderung eine große Nachfrage nach Wohnraum. Der italienische Wohnungsmarkt ist geprägt von einer hohen Eigentumsquote (ca. 80%) und einem geringen Anteil von Sozialwohnungen (nur 5% der Wohnungen sind in öffentlicher Hand). Nach einer Umfrage des Verbandes der Wohnungseigentümer in zwölf italienischen Städten sind 57% der Vermieter nicht bereit ihre Wohnung an Migranten zu vermieten. Vor diesem Hintergrund müssen viele Migranten mit sehr beengten Wohnverhältnissen zurecht kommen. Oft sind sie gezwungen, überhöhte Mieten für unzulängliche Wohnungen zu bezahlen. Deswegen ist der Bedarf an Wohnungseigentum sehr stark, so *Rudolfo Ortolani*. Das Problem ist jedoch, dass angesichts steigender Wohnungspreise (50% in den letzten 5-6 Jahren) und der meist unregelmäßigen Einkommen der Migranten erhebliche Finanzierungsprobleme bestehen. Deswegen regte er die Schaffung von Garantiefonds der öffentlichen Hand (Kommunen, Regionen) an, um die Finanzierung von Wohneigentum besser sichern zu können. Derzeit gehen 16% der Wohnungsdarlehen an Ausländer (für 2008 werden 20% geschätzt). *Minister Paolo Ferrero* berichtete, dass 50% des Integrationsfonds der Wohnungsförderung und Stadtentwicklung dienen soll, um der Gefahr der Gettoisierung entgegenzuwirken.

In Deutschland sind in einigen Ballungsgebieten, Stadtviertel mit hohen Migrantenanteilen zu beobachten. Diese Segregation zwischen Einheimischen und Bürgern mit Migrationshintergrund vergrößert die kulturelle und soziale Kluft und führt zu Parallelgesellschaften, so *Albert Schmid*. *Lale Akgün* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Segregation wesentlich sozialer Natur sei, da diese Stadtviertel von meist armen und arbeitslosen Menschen bewohnt werden. Um der Gettoisierung entgegen zu wirken, sei auch eine umfassende Stadtentwicklungspolitik notwendig, so *Stadträtin Teresa De Bellis*. Stadtentwicklungspolitik sei eine Querschnittsaufgabe, die des Einsatzes unterschiedlicher Maßnahmenbereiche bedürfe: über die Zuweisung von

könne ein Beitrag zur Bevölkerungsvielfalt geleistet werden; durch die Förderung von Eigenheimen könne die Sozial- und Altersstruktur verbessert werden; über eine aktive Infrastrukturpolitik, wie gepflegte und sichere Straßen, einen gut erreichbaren öffentlichen Personennahverkehr, Schulen, Gesundheitsdienste und Bildungsangebote, könne das Stadtviertel an Wert und Anerkennung gewinnen. Wichtig für die Stadtentwicklung sei es, Chancen der Partizipation zu schaffen, damit sich auch die Bürger mit Migrationshintergrund mit ihrem Stadtviertel identifizieren können, z.B. durch Stadtteilstefte. Die Städte, betonte *Teresa De Bellis*, gewinnen durch Internationalität und Mehrsprachigkeit ihrer Bewohner. *Franco Pittau und Lucio Di Sciullo* plädierten für die Stadt der Zukunft mit den drei „I“: international, interkulturell und interreligiös.

3. Zielvorstellung von Integrati onspoliti k

Integration sei Teilhabe, so *Staatsministerin Maria Böhmer*, und aktive Integrationspolitik bedeute deswegen, Rahmenbedingungen für Chancengleichheit für die Bürger mit Migrationshintergrund zu schaffen. Ihnen müsse aber auch das Gefühl vermittelt werden, dass sie als Teilhaber der Gesellschaft erwünscht sind. Grundlage für das Zusammenleben müsse die Akzeptanz der in der Verfassung formulierten Werteordnung sein, so *Minister Paolo Ferrero*. Dies beinhalte im Übrigen nicht nur die Wahrnehmung von Rechten, sondern auch die Übernahme von Pflichten. Integration ist eine umfassende Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Ergebnis eines breiten Dialogs in Deutschland, an dem insbesondere auch Vertreter der Migranten beteiligt waren, sei der deutsche „Nationale Integrationsplan“, der am 12. Juli 2007 von der Bundeskanzlerin vorgestellt werde, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. Mit ihm werde eine nachhaltige Integrationspolitik in Deutschland eingeleitet. Monsignore Francesco Montenegro unterstrich die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Konsens und kritisierte parteipolitisch und ideologisch motivierte Auseinandersetzungen. *Jean Leonard Touadi, Beigeordneter der Stadt Rom*, bedauerte, dass die italienische Politik nicht wisse, welchen Weg der Integrationspolitik sie gehen wolle.

3.1 Bereitschaft zur Aufnahme in die Gesellschaft

Deutschland habe sich lange der Einsicht widersetzt, ein Einwanderungsland zu sein, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. Auch die italienische Bevölkerung, so *Minister Paolo Ferrero*, habe weitgehend den Wandel ihres Landes vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland noch nicht wahrgenommen. Es bestehe ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits wissen die Italiener um den Bedarf an Arbeitskräften, andererseits wehren sich viele gegen die Präsenz von Ausländern. *Jean Leonard Touadi* kritisierte die Vorstellung, dass Migranten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses das Land verlassen müssten. Dahinter stehe eine ablehnende Haltung gegenüber diesen Menschen und ihren Familien. Er kritisierte den Erinnerungsverlust der italienischen Gesellschaft gegenüber den Erfahrungen, die früher die italienischen Auswanderer gemacht hatten.

Nach einer repräsentativen Umfrage von Eurobarometer in 31 europäischen Städten glaubten 2004 an eine insgesamt gelungene Integration: in Berlin nur 34%, in München 48%, in Rom 52% und in Turin wiederum nur 38%. Vorurteile, Probleme vor Ort und zum Teil situationsbezogene Stimmungen lösen bei der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Migranten Skepsis und Befürchtungen aus. Diese Haltung gegenüber Einwanderern wird in der 15. Shell-Studie auch für deutsche Jugendliche bestätigt. Statt 48% im Jahr 2002 lehnten im Jahr 2005 bereits 58% der befragten Jugendlichen eine weitere Zuwanderung ab. Oft wird mit den Ausländern höhere Kriminalität verbunden. Nach einer repräsentativen Umfrage von SWG aus dem Jahre 2005 glaubten 58% der Italiener, dass die Immigranten stärker in Straftaten verwickelt seien. *Staatssekretärin Marcella Lucidi*, wies darauf hin, dass ein Großteil der Kriminalität von illegal im Land lebenden Migranten ausgeht und gut integrierte Menschen weniger zu

kriminellen Taten neigen.

Auf Seiten der einheimischen Bevölkerung besteht ein starker Anpassungsdruck gegenüber den Migranten. Nach einer Umfrage des deutschen Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung erwarten 87% der Einheimischen, dass Ausländer, die sich länger in Deutschland aufhalten wollen, Sprache, Bräuche und Regeln des Landes lernen sollten. Demgegenüber, so *Albert Schmid*, besteht die Tendenz, dass die Migranten und insbesondere die Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sich oftmals stärker in ihre nationale Gemeinschaft zurückziehen. Viele Migranten empfinden einen Mangel an Aufnahmebereitschaft, teilweise sogar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der sie umgebenden Gesellschaft. Nach einer Umfrage der UIL unter 3.000 Immigranten in Latium beklagen sich ein Drittel über die mangelnde Aufnahmebereitschaft der italienischen Mitbürger. Nach der Shell-Studie empfinden 63% der ausländischen Jugendlichen in Deutschland Benachteiligungen. Bezogen auf das Arbeitsleben belegt eine IRES/CGIL-Studie, dass sich in Italien 60% der Ausländer am Arbeitsplatz diskriminiert fühlen. Nach wie vor sind in beiden Ländern Formen der Diskriminierung in Schule, Hochschule, in Verwaltungen und Betrieben sowie bei öffentlichen Dienstleistungen zu beobachten. In beiden Ländern gibt es Nottelefone und öffentlich Beauftragte, die in konkreten Fällen helfen. Entscheidend sei jedoch, über präventive Maßnahmen, wie Kampagnen, das Bewusstsein der Menschen zu beeinflussen, sagte in der Diskussion die *Richterin Paola Lucarelli des Antirassismusbüros der italienischen Regierung (UNAR)*.

Deutschland verdanke, so *Staatsministerin Maria Böhmer*, den italienischen Zuwanderern ein Stück Wohlstand und Lebenskultur. Die einheimische Bevölkerung dürfe die Menschen mit Migrationshintergrund nicht länger als eine Bedrohung wahrnehmen, sondern sollte sie als einen Gewinn für das eigene Land erkennen lernen, ein Mentalitätswechsel sei erforderlich. *Lale Akgün* wies darauf hin, dass viele Migranten sich in der Gesellschaft nicht aufgenommen fühlen. *Minister Paolo Ferrero* beklagte, dass viele dazu neigen, den einzelnen Migranten gemäß seiner ethnischen Herkunft einem Klischee von Identität zuzuordnen und unterstrich die individuelle Pluralität des Menschen. Gerade die Kinder von Zuwanderern, die in der neuen Heimat aufgewachsen sind, fühlten sich durch diese Vorurteile ausgegrenzt. *Staatsministerin Maria Böhmer* berichtete über einen in Berlin kürzlich abgehaltenen Jugendintegrationsgipfel, auf dem sich Vertreter ausländischer Jugendlicher gewünscht hatten von den Deutschen ein größeres Gefühl der Zugehörigkeit zu erfahren.

3.2 Entwicklung von Heimatgefühl

In Deutschland habe man in den letzten Jahren zu sehr ein Nebeneinander der Kulturen zugelassen, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. Notwendig sei die Förderung eines echten Miteinanders. Sie unterstrich, dass gleichberechtigte Teilhabe mit der Bereitschaft, Verantwortung für die neue Heimat übernehmen zu wollen, einher gehen müsse. *Teresa De Bellis* betonte die Bedeutung des Heimatgefühls für das bürgerschaftliche Engagement. Dies gelte ganz besonders für das eigene Wohnumfeld. Beängstigend sei, dass gerade Jugendliche der dritten Generation, auch mangels persönlicher Perspektiven (hohe Jugendarbeitslosigkeit), sich in ihre ethnische Gemeinschaft flüchten. *Jean Leonard Touadi* verwies auf die Notwendigkeit, den Kindern aus den Zuwanderfamilien, insbesondere den in der neuen Heimat geborenen, über die Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zu ihrer neuen Heimat zu vermitteln. *Staatssekretärin Marcella Lucidi* machte darauf aufmerksam, dass Kinder aus Familien mit unsicherem aufenthaltsrechtlichen Status Aversionen gegen das Land in dem sie aufwachsen entwickeln.

Wichtig für die Entwicklung von Heimatgefühl ist, neben der (beruflichen) Lebensperspektive, das menschliche Miteinander, das der Einzelne mit seinem Umfeld verbindet. Immerhin pflegen, nach einer Untersuchung des deutschen Zentrums für Türkeistudien, 40% der Menschen mit türkischem Migrationshintergrund freundschaftliche

Beziehungen mit Deutschen. Nach einer Untersuchung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums beteiligen sich 61% der Migranten außerhalb von Familie und Beruf aktiv an Vereinen, Gruppen und Organisationen. *Jean Leonard Touadi* verwies auf positive Erfahrungen von Integration in der italienischen Gesellschaft, die zum Ausgangspunkt für eine italienische Integrationspolitik gemacht werden sollten.

3.3 Wertekonsens und Identität

Die Basis für das Zusammenleben sind die in der Verfassung verankerten Grundwerte, so *Staatssekretärin Marcella Lucidi*, in ihren die Konferenz abschließenden Worten. Sie informierte über die unter Federführung des Innenministeriums in Erarbeitung befindliche „Charta der Werte, der Staatsbürgerschaft und der Integration“ (Carta dei Valori della Cittadinanza e dell’Integrazione), die im Dialog mit Vertretern von Migranten und Religionsgemeinschaften formuliert werde. Es gehe um europäische Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung, so *Staatsministerin Maria Böhmer*. *Teresa De Bellis* unterstrich die Bedeutung der Chancengleichheit von Frauen und Mädchen, deren Durchsetzung oft vernachlässigt werde. Integration als gleichberechtigte Teilhabe erfordert von allen Beteiligten die Identifikation mit den Grundwerten des Landes, in dem sie leben wollen. Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft werde insofern in Deutschland als Ausdruck einer gelungenen Integration angesehen, so *Albert Schmid*.

Ein Bekenntnis zu einem europäischen Islam machte *Anas Breigheche*, *Vorsitzender der „Jungen Muslime Italiens“*, der sich als ein italienischer Muslim bezeichnete. Der Islam dürfe nicht als etwas uneuropäisches angesehen werden, zumal in Europa 30 Millionen Muslime leben. Große Anstrengungen seien erforderlich, die Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Er berichtete von den Schwierigkeiten in denen sich Jugendliche befinden, die sich zum muslimischen Glauben bekennen und zwischen den Traditionen ihrer eingewanderten Eltern und Großeltern sowie ihrer italienischen Umgebung stehen. *Staatsministerin Maria Böhmer* informierte über die Deutsche Islamkonferenz, zu der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble eingeladen hatte. Muslimischer Religionsunterricht und der Bau von Moscheen müssten, sofern bestimmte Regeln eingehalten werden, ermöglicht werden. *Minister Paolo Ferrero* sprach sich für ein neues Gesetz zur Religionsausübung in Italien aus und erinnerte daran, dass das gegenwärtige Gesetz über die „zugelassenen Kulte“, das sich mit den nicht-katholischen Religionsgemeinschaften befasst, aus dem Jahr 1929 stammt.

Zwischen der Akzeptanz von Grundwerten der Verfassung und der Übernahme von landesüblichen Bräuchen müsse klar unterschieden werden, so *Minister Paolo Ferrero*. Gerade weil sich Bräuche und Lebensgewohnheiten ändern würden, müsse die Gesellschaft hier Toleranz zeigen. Seine Großmutter habe beispielsweise noch ein Kopftuch getragen. *Staatssekretärin Marcella Lucidi* definierte Integration als Interaktion, die die Entfernung zwischen dem Einheimischen und dem Migranten verkürze. *Bruno Ducoli* vom *Zentrum zur Förderung der Interkulturalität* in Gargnano, warnte davor, die Verteidigung der eigenen Identität zu einem Kampfbegriff („identità assassine“) zu machen. Jede Kultur und somit Identität beruhe schon immer auf einem ununterbrochenen Prozess des kulturellen Import und Exports. Europa, das der Menschheit die Menschenrechte geschenkt habe, konnte erst nach viel gegenseitigem Hass und zwischenstaatlichen Kriegen über den Dialog, unter Respektierung der Verschiedenheiten, zur Einheit finden. *Bruno Ducoli*: „Die Gesellschaft der Zukunft ist die, welche zu vereinen weiß, ohne zu vermischen, und welche zu unterscheiden weiß, ohne zu trennen“.

3.4 Herausforderungen an Politik und Gesellschaft

Nicht zuletzt wegen der demografischen Entwicklung ist Europa langfristig auf Zuwanderung angewiesen. Die europäischen Staaten werden die Integration von Menschen

aus anderen Kulturkreisen gestalten müssen. Die Frage des sozialen Zusammenhalts wird damit zu einer zentralen Herausforderung unserer Gesellschaften. Die zweite strategische Aufgabe gilt der Förderung der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Sie sind, wie alle Kinder, das Zukunftspotential unserer Gesellschaften.